

Berichte aus der Rechtswissenschaft

Alexandra Meerfeld

**Beschränkung der kollisionsrechtlichen
Parteiautonomie durch verbraucherschützende
Privatrechtsangleichungsrichtlinien der EG**

Shaker Verlag
Aachen 1999

Die Deutsche Bibliothek - CIP-Einheitsaufnahme

Meerfeld, Alexandra:

Beschränkung der kollisionsrechtlichen Parteiautonomie durch verbraucher-
schützende Privatrechtsangleichungsrichtlinien der EG / Alexandra Meerfeld.

- Als Ms. gedr. -

Aachen : Shaker, 1999

(Berichte aus der Rechtswissenschaft)

Zugl.: Trier, Univ., Diss., 1999

ISBN 3-8265-5862-6

Copyright Shaker Verlag 1999

Alle Rechte, auch das des auszugsweisen Nachdruckes, der auszugsweisen
oder vollständigen Wiedergabe, der Speicherung in Datenverarbeitungs-
anlagen und der Übersetzung, vorbehalten.

Als Manuskript gedruckt. Printed in Germany.

ISBN 3-8265-5862-6

ISSN 0945-098X

Shaker Verlag GmbH • Postfach 1290 • 52013 Aachen

Telefon: 02407 / 95 96 - 0 • Telefax: 02407 / 95 96 - 9

Internet: www.shaker.de • eMail: info@shaker.de

Zusammenfassung

Im Rahmen dieser Arbeit werden der internationale Anwendungsbereich von Privatrechtsangleichungsrichtlinien der EG und Möglichkeiten zur Gewährleistung des von den Richtlinien vorgesehenen Verbraucherschutzes bei internationalen Verträgen untersucht. Dabei wird insbesondere auf die mit der kollisionsrechtlichen Rechtswahl verbundene Problematik der Abwahl zwingender Bestimmungen eingegangen, die sich hier vor allem bei der Wahl drittstaatlichen Rechts als Vertragsstatut stellt. Neuere Verbraucherschutzrichtlinien wollen ihre Anwendbarkeit auf internationale Verbraucherverträge mit EG-Bezug durch die Aufnahme spezieller kollisionsrechtlicher Vorgaben sicherstellen.

Der erste Teil dieser Arbeit versucht zu klären, ob die Aufnahme solcher kollisionsrechtlicher Vorgaben in EG-Richtlinien gemeinschaftsrechtlich zulässig ist und wie sich diese Regeln zu den allgemeinen Kollisionsregeln des EVÜ verhalten. In diesem Zusammenhang wird nicht nur auf die Kompetenzgrundlagen für den Erlass derartiger Richtlinien und mögliche Vorgaben für deren inhaltliche Ausgestaltung eingegangen, sondern auch die Frage behandelt, wie diese von den Mitgliedstaaten umzusetzen sind und ob die Mitgliedstaaten auch von sich aus Maßnahmen für einen verbesserten internationalen Verbraucherschutz ergreifen dürfen.

Im zweiten Teil der Arbeit wird untersucht, in welchen Situationen die Verbraucherschutzrichtlinien international Anwendung beanspruchen und ob ihre Anwendung in diesen Situationen durch die bereits zur Verfügung stehenden allgemeinen kollisionsrechtlichen Instrumente, insbesondere das EVÜ, erreicht werden kann. Dabei war es erforderlich, den von den älteren Verbraucherschutzrichtlinien vorausgesetzten Anwendungsbereich herauszuarbeiten und die in den neueren Richtlinien verwendeten Anknüpfungen zu konkretisieren.

Die Untersuchung geht sowohl auf die gemeinschaftsrechtlichen als auch die internationalprivatrechtlichen Aspekte internationaler Verbraucherverträge ein und berührt dabei auch grundlegende Fragen zum Verhältnis zwischen Europäischen Gemeinschaftsrecht und IPR.